

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

28. Oktober 1953

78/J

A n f r a g e

der Abg. P r o b s t, Rosa J o c h m a n n, E i b e g g e r und Genossen,
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend die bisherigen Verhandlungen mit Vertretern jüdischer Ansprüche
gegen Österreich.

-.-.-.-

Aus Mitteilungen in der inländischen und in der ausländischen Presse ist zu entnehmen, daß Verhandlungen zwischen Vertretern jüdischer Organisationen und der Bundesregierung in Angriff genommen wurden, die von der Voraussetzung ausgehen, daß Juden in Österreich während der Zeit seiner Besetzung durch Deutschland materielle Verluste von mehr als 1.2 Milliarden Dollar erlitten hätten. Eine in Wien erscheinende jüdische Zeitschrift teilt mit, daß der österreichische Verhandlungspartner "sein ursprünglich lächerlich niedriges Angebot einer Pauschalsumme erhöht, aber noch immer weit weniger geboten habe als die bereits unter ein Drittel reduzierte Forderung der Juden."

Naturgemäß sind diese Verhandlungen für die österreichische Bevölkerung von größtem Interesse.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Nationalrat Mitteilung über die vom jüdischen Komitee gegen Österreich erhobenen Ansprüche und über den Verlauf der Verhandlungen mit diesem Komitee zu machen?

-.-.-.-